

AUF EINEN BLICK ++

Pressespiegel der DEGEWO-Gruppe

AUSGABE VOM 25. Mai 2007

DEGEWO-GRUPPE

Stadt-Rendite

Die Stadrendite liefert kein Argument für, sondern gegen öffentliche Wohnungsunternehmen
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Blick aufs Naturschutzgebiet

DEGEWO baut in Kaulsdorf direkt am Wuhletal
Berliner Zeitung (Beilage)

Immobilienmarkt / Wettbewerber

Miet-Flat für Studenten und Azubis

GSW bietet günstiges Package: Mietkosten, DSL-/Telefon-Flatrate, Zeitungs-Abo und Baumarkt-Gutschein
Berliner Zeitung (Beilage)

Wohnungspolitik / Verbände

GdW begrüßt Unterzeichnung der "Leipzig-Charta" durch die EU-Bauminister
Minister betonen Bedeutung der Wohnungswirtschaft als Partner der europäischen Stadt
Immobilienwirtschaft

Höhere Grundsteuern verunsichern Mieter

Vor allem frühere Sozialbau-Wohnungen betroffen
Der Tagesspiegel

Mietpreisexplosion bei früheren Sozialwohnungen

Junge Welt

Land Berlin / Bezirke

Wohnungsbauförderung: Klagen abgewiesen

Berliner Morgenpost

Abgeordnete von hoher Mietsteigerung schockiert

Auch der Mieterverein lehnt Pläne für Märkisches Viertel ab
Berliner Zeitung

Immobilienbrief

Stadt-Rendite

FAZ 25/5.

Wer über den Verkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen diskutiert, kommt an dem Thema Stadtrendite nicht vorbei. Unter diesem Begriff werden dabei die Leistungen der Wohnungsunternehmen subsumiert, die der Stadt neben dem rein betrieblichen Gewinn zugutekommen. Vor allem Maßnahmen, die die soziale Stabilität in den Wohnvierteln erhöhen, also im weitesten Sinne das Quartiersmanagement, werden zu den relevanten Aktivitäten gezählt. Die Argumentation ist nun, dass diese Leistungen so gewichtig sind, dass sie für die Stadt unverzichtbar sind und den zumeist mageren Gewinn der öffentlichen Unternehmen deutlich kompensieren. Besonders seit ein Gutachten von Professor Schwalbach von der Berliner Humboldt-Universität zur Stadtrendite der Degewo veröffentlicht wurde, wird hiermit vielfach das Festhalten an öffentlichen Wohnungsunternehmen gerechtfertigt.

Interessant in diesem Zusammenhang ist jedoch, dass sich Schwalbach dem Thema aus dem Blickwinkel der Corporate Social Responsibility genähert und auch alle Einzelmaßnahmen der Degewo unter diesem Gesichtspunkt eingeordnet hat. Corporate Social Responsibility ist jedoch, wie der Name schon sagt, vor allem ein Betätigungsfeld privater Unternehmen. Allein im Jahr 2005 haben die inhabergeführten privaten Unternehmen in Deutschland mehr als zehn Milliarden Euro für soziale, ökologische und kulturelle Projekte und Aktivitäten ausgegeben. Allein 1,5 Milliarden Euro gingen an Projekte zur Unterstützung sozial schwacher Haushalte.

Die Gründe, warum sich Unternehmen sozial engagieren, sind vielfältig. So können die Aktivitäten einen philanthropischen Hintergrund haben, auch Marketing spielt mitunter eine Rolle. Im Großen und Ganzen folgt das Engagement jedoch der Erkenntnis, dass Gesellschaft und Wirtschaft einander bedingen. Der Harvard-Ökonom Michael E. Porter bringt es auf den Punkt, wenn er folgert, dass Unternehmen und Gesellschaft nur dann prosperieren können, wenn sie gemeinsame Ziele verfolgen und sich gegenseitig stärken. Dies gilt im Besonderen für die Wohnungsunternehmen. Bildlich gesprochen, steht ein Wohnungsunternehmen mitten im Leben. Für den wirtschaftlichen Erfolg sind nicht nur der Preis und die Qualität der Wohnungen entscheidend, sondern eben auch das Wohnumfeld. Steigt in einem Wohnviertel die Kriminalität oder

fühlen sich mehr und mehr Mieter von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt, wird der Leerstand schnell steigen. Aus eigenem Interesse müssen sich große private Wohnungsunternehmen daher um die soziale Stabilität in ihren Wohnvierteln kümmern. Vernachlässigen sie dies, wird die Rendite nach unten gehen.

Von daher kann es nicht überraschen, dass auch Unternehmen in Hand von Finanzinvestoren soziale Verantwortung übernehmen. Egal ob Gagfah, Deutsche Annington oder GSW, sie alle helfen in Not geratenen Mietern, sanieren Kindergärten und organisieren Jugendtreffs. Natürlich werden sie dabei nur in den Stadtvierteln aktiv, wo es einen Bedarf an sozialem Engagement gibt. Selbst dann, wenn nur ein kurzfristiges Engagement in der Wohnungswirtschaft geplant ist, können sich die Investoren nur schwer ihrer sozialen Verantwortung entziehen. Schließlich wird der Käufer eines Wohnungsportfolios genau überprüfen, wie es um das Wohnumfeld bestellt ist. Auf der anderen Seite können sich öffentliche Wohnungsunternehmen durchaus der Wettbewerbslogik verschließen. Nach Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen in Berlin konnten drei der sechs öffentlichen Berliner Wohnungsunternehmen keine Angaben zu ihrem Quartiersmanagement machen.

Kommunale Unternehmen verdrängen nicht nur ein privates Mietwohnungsangebot, sondern sie verdrängen auch das soziale Engagement privater Akteure. Anstatt mit Steuergeldern selbst aktiv zu werden, empfiehlt es sich für die Kommunen abzuwarten, was private Investoren auf freiwilliger Basis auf die Beine stellen. Sollte dies nicht ausreichen, um die sozialen Ziele zu erreichen, können immer noch Kooperationen mit den Wohnungsunternehmen eingegangen oder eigene Projekte aufgelegt werden. Im Endeffekt können auf diese Weise mehr Leistungen angeboten oder aber Mittel im Haushalt eingespart werden. Die Stadtrendite liefert damit kein Argument für, sondern gegen öffentliche Wohnungsunternehmen.

Insgesamt lohnt es sich für den Staat, sich aus dem Wohnungsmarkt herauszuziehen. Nach unseren Berechnungen könnte die öffentliche Hand, auch unter Berücksichtigung der entgangenen Mieten und sozialer Folgekosten, durch einen Verkauf ihrer Wohnungen einen Reingewinn von mehr als 25 Milliarden Euro erzielen.

MICHAEL VOIGTLÄNDER

Der Autor ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Immobilienökonomik am Institut der deutschen Wirtschaft in Köln.

KUR 25/5. **Blick aufs Naturschutzgebiet**

DEGEWO baut in Kaulsdorf direkt am Wuhletal

Von der Garten- oder Dachterrasse der Reihenhäuser im „Sonnenkieker“ kann man den herrlichen Blick zum Kienberg und ins Wuhletal genießen.

26 Eigenheime wurden bereits bezogen, drei neue sind jetzt im Angebot. Die 120 m² Wohnfläche verteilen sich auf 2 1/2 Etagen. Der Grundriss wurde geändert, so dass die Zimmer jetzt größer und günsti-



Sonnenkieker-Häuser. Foto: DEGEWO

ger geschnitten sind. Das Bad ist mit Wanne und Dusche ausgestattet. Zum Haus gehört ein Pkw-Stellplatz.

Das Wuhletal lädt zu ausgedehnten Spaziergängen und Radtouren ein. Immer der Wuhle entlang geht es zu den „Gärten der Welt“ im Erholungspark Marzahn. Die U-Bahn der Linie 5 in Richtung Alexanderplatz erreicht man zu Fuß. Nicht weit entfernt sind Bushaltestelle, das Spreecenter und andere Einkaufsmöglichkeiten, Sport- und Freizeitangebote sowie das Unfallkrankenhaus.

Infos: www.degewo.de, Wohneigentum, Hellersdorf,

Tel. 030/9 38 88 11 75

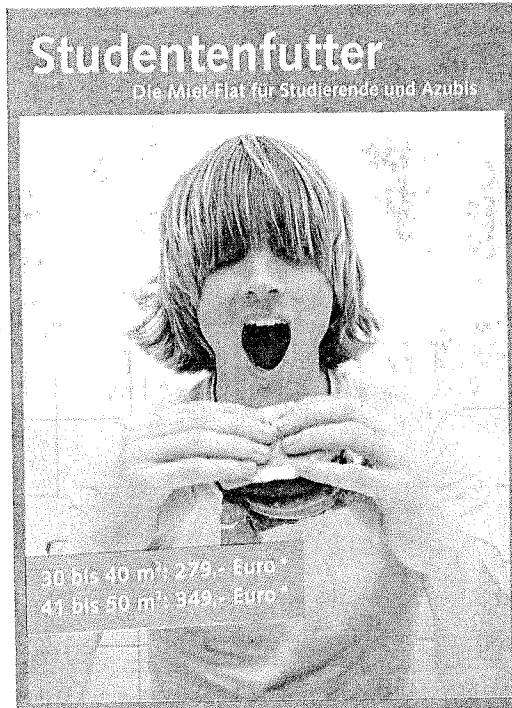
Miet-Flat für Studenten und Azubis ^{KLE 25%}

GSW bietet günstiges Package: Mietkosten, DSL-/Telefon-Flatrate, Zeitungs-Abo und Baumarkt-Gutschein

Seit Semesterbeginn im April bietet das Berliner Wohnungsunternehmen GSW Studenten und Auszubildenden eine neuartige Miet-Flat für ausgewählte Wohnungen. Sie kostet für Wohnungen zwischen 30 und 40 m² Wohnfläche 279 Euro im Monat und für Wohnungen zwischen 41 und 50 m² 349 Euro. Flatrates für größere und kleinere Wohnungen sind auf Nachfrage ebenfalls erhältlich.

Die Flatrate-Tarife decken die Mietkosten inklusive einer kalkulatorischen Vorauszahlung für Nebenkosten in Höhe von 2,50 Euro je Quadratmeter und Monat und enthalten darüber hinaus eine DSL- und Telefon-Flatrate für drei Jahre, je ein kostenloses Jahresabo der Berliner Morgenpost und des Stadtmagazins Zitty, einen 50-Euro-Baumarkt-Gutschein für kleine Verschönerungsmaßnahmen in der Wohnung sowie ein Kilogramm Studentenfutter.

Studenten und Auszubildende erhalten die günstige Miet-Flat ohne Miet- und Nebenkostenerhöhungen zum Festpreis für drei Jahre. Das Angebot kann längstens bis zur Beendigung des Studiums oder der Ausbil-



Werbung für die neue Miet-Flat für Studenten.

Flyer: GSW

dung in Anspruch genommen werden. „Mit der GSW-Miet-Flat halten wir ein Angebot speziell für die Bedürfnisse von jungen Menschen in der Ausbildung bereit. Studenten und Auszubildende können so einen Großteil ihrer Fixkosten für drei Jahre sicher kalkulieren“, sagt Thomas Zinnöcker, Vorsitzender der Geschäftsführung der GSW. Die Miet-Flat kann auch von Studenten und Auszubildenden in Anspruch genommen werden, die sich bereits in der Ausbildung befinden.

Die GSW bewirtschaftet rund 70.000 Wohnungen und betreut damit einen der größten Wohnungsbestände in Berlin. Im Zentrum der Geschäftstätigkeit stehen eine überdurchschnittliche Mieterzufriedenheit, das Angebot von Wohnimmobilien zur Eigennutzung und zur Kapitalanlage sowie der kontinuierliche Ausbau des Wohnungsbestandes. Informationen zur Miet-Flat: GSW-Vermietungshotline unter 030/25 34-1234 oder auf der GSW-Homepage über den Link www.gsw.de/studentenfutter. Im Internet sind einige Beispielwohnungen aufgelistet, die zum Flatrate-Tarif zu erhalten sind.

GSW-ANGEBOT Kundenclub für Mieter – Rabatte

GSW-Mieter können in 700 Berliner Geschäften günstig einkaufen. Voraussetzung: Mitgliedschaft im neuen GSW Club, der zum 1. Mai startete. Dazu gehört die kostenlose GSW-Kunden-Card. Von „A“ wie Apotheke bis „W“ wie Wäscherei, beim Einzelhändler oder bei großen Einkaufsketten: Die Kunden-Card verschafft zahlreiche Einkaufsvorteile. Ein Zwei-Personen-Haushalt kann aufgrund der Leistungen rund 300 Euro/Jahr sparen. Zudem bietet der GSW Club ein großes Freizeit- und Serviceangebot. Im neuen Kundenmagazin gibt es einen Club-Antrag. Die GSW will in Sachen Kundenorientierung Maßstäbe setzen. In der zweiten Jahreshälfte folgen ein Beratungstelefon und Mitarbeiter, die Probleme vor Ort lösen. Über den Club und damit den GSW-Mietverein können auch Gästewohnungen genutzt oder ein Minibus zu günstigen Konditionen gemietet werden. Infos: www.gsw.de

Wohnungspolitik / Verbände

GdW begrüßt Unterzeichnung der "Leipzig-Charta" durch die EU-Bauminister Minister betonen Bedeutung der Wohnungswirtschaft als Partner der europäischen Stadt

Auf dem informellen Ministertreffen der für Stadtentwicklung zuständigen EU-Minister in Leipzig wurde jetzt mit der "Leipzig-Charta" ein Dokument verabschiedet, das die strategische Grundrichtung der zukünftigen Stadtentwicklung der EU vorgibt. Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen begrüßte den Inhalt des Papiers. Positiv hervorzuheben sei an der "Leipzig-Charta" insbesondere ihr integrativer Ansatz als auch die Einbeziehung der benachteiligten Quartiere.

"Beide Strategieansätze unterstützt die vom GdW vertretene Wohnungswirtschaft auf nationaler Ebene u. a. durch ihre Mitwirkung an integrierten Stadtentwicklungskonzepten in Vorbereitung des Stadtbbaus oder auch durch ihr Engagement für die soziale Stabilisierung von Nachbarschaften. Die gleichen Ziele verfolgen die Unternehmen darüber hinaus durch ihre erheblichen bisherigen und künftigen Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz des Wohnungsbestandes", erklärte GdW-Präsident Lutz Freitag.

Die „Leipzig-Charta“ empfiehlt, die Ansätze einer integrierten Stadtentwicklungspolitik als Instrument der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie stärker zu nutzen. Die einzelnen Politikfelder sollen räumlich, sachlich und zeitlich aufeinander abgestimmt werden, um die für die Entwicklung der europäischen Städte wichtigen Belange und Interessen gleichzeitig und gerecht berücksichtigen zu können. Als zentrale Bestandteile einer integrierten Stadtentwicklungspolitik werden formuliert:

- > die Herstellung und Sicherung qualitätvoller öffentlicher Räume,
- > die Modernisierung der Infrastrukturnetze und Steigerung der Energieeffizienz,
- > eine aktive Innovations- und Bildungspolitik.

Besondere Aufmerksamkeit soll darüber hinaus den benachteiligten Stadtquartieren - eingebettet in eine gesamtstädtische integrierte Stadtentwicklungspolitik – zukommen. Dabei werden die folgenden Vorgehensweisen als zentral angesehen:

- > städtebauliche Aufwertungsstrategien verstetigen,
- > Stärkung der lokalen Wirtschaft und der lokalen Arbeitsmarktpolitik,
- > aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik für Kinder und Jugendliche,
- > leistungsstarken und preisgünstigen Stadtverkehr fördern.

Mit der "Territorialen Agenda" beraten die Minister in Leipzig ein weiteres Papier, das sich in der aktuellen Fassung für die Stärkung des „Territorialen Zusammenhalts“ u. a. durch die Entwicklung eines ausgewogenen und polyzentrischen Städtesystems und eine neue Beziehung zwischen Stadt und Land in Europa ausspricht. "Nach den Leipziger Beschlüssen wird es wichtig sein, dass der europäische Diskussionsprozess über die strategische Ausrichtung der zukünftigen Regional- und Stadtentwicklung in den nächsten Monaten auf nationaler Ebene fortgesetzt wird. Der GdW und die von ihm vertretenen Mitgliedsverbände und Wohnungsunternehmen bieten sich als Akteure in der Debatte über die zukünftige Gestaltung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik in Deutschland an und wollen an der Realisierung als verlässliche Partner mitwirken", erklärte GdW-Präsident Freitag.
Immobilienwirtschaft, 24.05.2007

Höhere Grundsteuern verunsichern Mieter Vor allem frühere Sozialbau-Wohnungen betroffen

Ein halbes Jahr nach der Erhöhung der Grundsteuer befürchten viele Mieter explodierende Kosten. Denn die Steuer wird auf die Miete umgelegt. Genährt werden die Ängste durch das städtische Wohnungsunternehmen Gesobau, das 630 Mietern im Märkischen Viertel jetzt angekündigt hat, die Betriebskosten massiv zu erhöhen.

+ IM DETAIL ++++++

Allerdings ist das ein spezieller Fall. Die Betroffenen gehören zu jenen Berliner Mietern, deren Wohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen sind. Bis 2009 werden das insgesamt 35 000 sein. Dort ändert sich die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer drastisch. „Die Monatsmieten steigen für diese Wohnungen um 20 Cent pro Quadratmeter“, sagt David Eberhart, Sprecher der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU). Bei den Wohnungen, die in der Sozialbindung bleiben, greift nur die Grundsteuererhöhung Anfang 2007: Das macht etwa vier Cent pro Monat aus.

Die Finanzverwaltung des Senats bestätigte diese Rechnung am Beispiel einer 115-Quadratmeterwohnung im Märkischen Viertel. Sie soll jetzt laut Gesobau 222,75 Euro monatlich mehr kosten. Davon entfielen 23 Euro auf die veränderte Steuerbemessung und lediglich sechs Euro auf die Grundsteuererhöhung. Trotzdem wird die Tatsache, dass viele Sozialbauwohnungen demnächst aus der öffentlichen Förderung fallen, als Problem erkannt. Denn diese Wohnungen werden als frei finanzierte Wohnungen bei der Steuerbemessung neu eingestuft.

Genau dies bekamen die Mieter im Märkischen Viertel zu spüren. Auch wenn dort die Betriebskosten vor allem deshalb auf das Doppelte vergleichbarer Wohnungen steigt, weil die Gesobau veraltete Einrohr-Heizungsanlagen, die enorm viel Energie verschwenden, nicht erneuert hat. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) kündigte gestern im Parlament an, die drohenden Mietsteigerungen im Märkischen Viertel zu überprüfen. Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS) dachte über „soziale Abfederungen“ nach.

Die BBU forderte gestern, die Bemessungsgrundlagen für ehemalige Sozialwohnungen zu ändern. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) setze sich auf Bundesebene längst dafür ein, sagte Sprecher Matthias Kolbeck. Denn die Bemessung der Grundsteuer, nach Meinung vieler Experten völlig veraltet und teilweise ungerecht, ist Bundesrecht. So zahlen – nach Modellrechnungen Sarrazins – Mieter im Altbau (Ost) jährlich 2,18 Euro Grundsteuer pro Quadratmeter. Für eine Sozialwohnung (West) werden dagegen 3,32 Euro fällig. Und während ein Häuschenbesitzer (Ost) für die Grundsteuer 2,29 Euro aufbringen muss, wird ein Einfamilienhaus (West) mit bis zu 7,80 Euro belastet. *Ulrich Zawacka-Gerlach*
Der Tagesspiegel, 25.05.2007

Mietpreisexplosion bei früheren Sozialwohnungen

Die Berliner Zeitung berichtete am Donnerstag, daß mehrere tausend Haushalte in der deutschen Hauptstadt sich auf sehr viel stärkere Mietbelastungen als bisher bekannt gefaßt machen müssen. Grund ist u. a. die vom SPD/Linkspartei.PDS-Senat beschlossene Grundsteuererhöhung, deren Auswirkungen von beiden Parteien heruntergespielt wurden. Bei Mietern früherer Sozialwohnungen, deren Quartiere diesen Status am 1. Januar 2007 verloren haben, können sich die Grundsteuerkosten demnach im Vergleich zum Vorjahr verdoppeln. Die Zeitung nennt Beispiele aus dem Märkischen Viertel, wo bis zu 223 Euro Miete pro Monat mehr fällig werden. In einem Kommentar zu dem Bericht heißt es u. a.:

Das rot-rote Berlin bedient sich bei den Ärmsten

Der rot-rote Senat in Berlin ist bekanntlich mit dem Anspruch einer besonders sozialen Politik angetreten. Daß der Anspruch mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun hat, bekommen nun die Mieter jener Sozialwohnungen im Märkischen Viertel zu spüren, die Anfang des Jahres ihren Status als öffentlich geförderte Wohnung verloren haben. Weil die ehemaligen Sozialbauten nun als freifinanzierte Wohnungen gelten, müssen die Bewohner erstens mehr Miete an ihren Vermieter, die landeseigene Gesobau, zahlen, die die Mieten zum 1. Januar nach dem Mietspiegel raufgesetzt hat. Zweitens müssen die Mieter auch eine höhere Grundsteuer berappen, weil für freifinanzierte Wohnungen eine höhere Steuer fällig wird. (...) Mieter anderer Sozialwohnungen sollten nun nicht denken, daß sie das Ganze nicht betrifft. Von den rund 192000 Sozialwohnungen in Berlin verlieren rund 40000 bis zum Jahr 2010 ihren Status als öffentlich geförderte Wohnung. Das Problem könnte also auch auf sie zukommen, nur etwas später. (...)
Junge Welt, 25.05.2007

Land Berlin / Bezirke

Wohnungsbauförderung: Klagen abgewiesen

Das Berliner Landgericht hat mehrere Schadenersatz-Klagen gegen die eingestellte Förderung im sozialen Wohnungsbau zurückgewiesen. Immobilienfonds, die Subventionen bekommen, müssten grundsätzlich auch das Risiko tragen, dass diese öffentlichen Mittel einmal nicht mehr gezahlt werden, urteilte das Gericht gestern.

Die Unternehmen wollten vom Landgericht feststellen lassen, dass die Investitionsbank und das Land verpflichtet seien, ihnen den Schaden zu ersetzen, der ihnen durch den Wegfall der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau entstanden sei und noch entstehen werde. Die Investitionsbank Berlin habe den Bauherren lediglich für 15 Jahre eine Grundförderung bewilligt, erläuterte das Gericht. Über die Anschlussförderung für weitere 15 Jahre sollte nach Auslaufen der Grundförderung entschieden werden. Den Investoren sei diese Regelung bekannt gewesen. Sie könnten sich daher nicht darauf berufen, dass sie davon ausgegangen seien, dass ihnen noch weiteres Geld bewilligt werde. dpa
Berliner Morgenpost, 25. Mai 2007

Abgeordnete von hoher Mietsteigerung schockiert Auch der Mieterverein lehnt Pläne für Märkisches Viertel ab

Uli Paul und Tobias Miller

Die drastischen Mieterhöhungen im Märkischen Viertel haben zu heftigen Reaktionen beim Berliner Mieterverein (BMV) und im Parlament geführt. Der BMV forderte den Senat auf, Konsequenzen aus der hohen Grundsteuerbelastung von Mietern ehemaliger Sozialwohnungen zu ziehen. Es dürfe nicht sein, dass auf der einen Seite Geld für die Stabilisierung der Wohnquartiere ausgegeben werde und auf der anderen Seite die Grundsteuer-Belastung dazu beitrage, dass die Mieter wegziehen, sagte BMV-Hauptgeschäftsführer Hartmann Vetter gestern. Er reagierte damit auf einen Bericht in der Berliner Zeitung über Mietsteigerungen in ehemaligen Sozialwohnungen im Märkischen Viertel. Nach dem Wegfall der Sozialbindung Anfang dieses Jahres hatte die Wohnungsbaugesellschaft Gesobau dort die Mieten bei 630 Wohnungen zum 1. Januar nach dem Mietspiegel erhöht. Zum 1. Juni verlangt sie jetzt wegen gestiegener Betriebskosten in einem weiteren Schritt eine höhere Nebenkosten-Vorauszahlung der Mieter. Für eine 115 Quadratmeter große Wohnung in einem Hochhaus in der Finsterwalder Straße 11 müssen die Mieter zum 1. Juni insgesamt 222 Euro monatlich mehr bezahlen als noch vor Jahresfrist: 952,29 Euro monatlich. Die Nebenkosten steigen vor allem, weil Heizung, Warmwasser und Grundsteuer teurer geworden sind. Die Grundsteuer erhöht sich in den 630 Wohnungen insgesamt um 109 Prozent. Ein Teil des Mietanstiegs ist auf eine höhere steuerliche Einstufung der ehemaligen Sozialwohnungen zurückzuführen, die nun als freifinanzierte Wohnungen gelten. Ein weiterer Grund ist die vom rot-roten Senat beschlossene Grundsteuererhöhung.

Vetter forderte den Senat auf, die Auswirkungen der Grundsteuer-Regelung zu überprüfen. Und zwar für ganz Berlin. Es müsse verhindert werden, dass es in den übrigen 192 000 Sozialwohnungen nach dem Wegfall der Sozialbindung ähnliche Steigerungen wie im Märkischen Viertel gebe. Die Gesobau solle den Bescheid über die höhere Grundsteuer anfechten, sagte Vetter. Gesobau-Sprecher Matthias Gaenzer kündigte an, man wolle das Gespräch mit der Senatsfinanzverwaltung suchen, um zu klären, "ob das jetzt eingetretene Ergebnis gewollt" sei. Ziel der Gesobau sei es, ähnliche Steigerungen für das nächste Jahr zu vermeiden - dann fallen weitere 8 000 Wohnungen im Märkischen Viertel aus der Sozialbindung.

Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) sagte gestern im Parlament, sie werde prüfen, ob die Gesobau die Vorgaben des Mietspiegels überschritten habe. "Das ist nach einer ersten Prüfung aber nicht der Fall", fügte sie hinzu. Die Reinickendorfer SPD-Abgeordnete Brigitte Lange sprach in der spontanen Fragestunde von "sozial unerträglichen Mietsteigerungen". FDP-Chef Martin Lindner warf den Abgeordneten der Regierungskoalition Heuchelei vor. Schließlich hätten sie die Grundsteuererhöhung beschlossen. Der CDU-Abgeordnete Uwe Goetze sagte, die Mieter bekämen "nun die Folgen der von Rot-Rot beschlossenen deutigen Grundsteuererhöhung zu spüren".
Berliner Zeitung, 25.05.2007